



40. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
Gremium: Hauptausschuss
Sitzungstermin: Mittwoch, 24.11.2010, 17:00 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10. November 2010

- 3 Maßnahmenpaket für eine stadtteilverträgliche Babelsberger Livenacht
10/SVV/0543 Gruppe Die Andere
KOUL: 18.11.

- 4 Einrichtung eines "Erörterungs-Workshop" zu den Groß Glienicker Seeufer Gutachten
10/SVV/0723 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
nur HA

- 5 Verlust von Ufergrundstücken am Groß Glienicker See
10/SVV/0725 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
nur HA

- 6 Kosten "Uferlandschaft Groß Glienicker See"
10/SVV/0726 Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP
auch OBR Groß Glienicke - 16.11.
nur HA

- 7 Verhandlungen zur Entwicklung der Kaserne Krampnitz aufnehmen
10/SVV/0729 Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
OBR Fahrland - 17.11.
SB 23.11.

- 8 Gesamtkosten Griebnitzsee
10/SVV/0746 Fraktionen FDP, Bündnis 90/Die Grünen
nur HA

- 9 Konzessionsverträge Strom der Landeshauptstadt Potsdam
10/SVV/0826 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KOUL: 18.11.

10	Kündigung der städtischen Pachtverträge am Groß Glienicker Seeufer 10/SVV/0830	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen OBR Groß Glienicke - 16.11.
11	Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan zum Vorhaben "Drewitz-Park" 10/SVV/0856	Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD KOUL: 18.11 SB: 23.11. Äa Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Äa Fraktion SPD
12	Neuberufung einer sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss Gesundheit und Soziales 10/SVV/0862	Gruppe Die Andere nur HA
13	Neuberufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Kultur 10/SVV/0868	Gruppe Die Andere nur HA
14	Konzeption zur Entwicklung des ländlichen Raumes 10/SVV/0874	Fraktion DIE LINKE KOUL: 18.11.
15	Verantwortlichkeit für Fehlplanung Radweg Forststraße 10/SVV/0875	Fraktion DIE LINKE SB: 23.11.
16	Umschuldung und vorzeitige Tilgung von Investitionskrediten im Haushaltsjahr 2011 und Optimierung des Schuldenmanagements 10/SVV/0941	Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
17	Mitteilungen der Verwaltung	
17.1	Ehrenamtsbericht 2010 10/SVV/0907	Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
17.2	Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern	18.11.2010
17.3	Berichterstattung zum Stand des Tierheims	aus HA 10.11.2010
18	Sonstiges	

Nichtöffentlicher Teil

- 19 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen
die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der
Sitzung vom 10. November 2010
- 20 Anpassung des Gesellschaftsvertrages der Energie
und Wasser Potsdam GmbH Oberbürgermeister,
Servicebereich Finanzen und
Berichtswesen
10/SVV/0626
- 21 Mitteilungen der Verwaltung
- 21.1 Information über die erreichten Zinssätze bei der
Umschuldung von Kommunalkrediten im 2. Halbjahr
2010 Oberbürgermeister,
Servicebereich Finanzen und
Berichtswesen
10/SVV/0944
- 22 Sonstiges



öffentlich

Betreff:

Maßnahmenpaket für eine stadtteilverträgliche Babelsberger Livenacht

Einreicher: Gruppe Die Andere

Erstellungsdatum 09.07.2010

Eingang 902: _____

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.09.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium: _____

Sitzung am: _____

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Auf einer eigenen Internetseite wird die Babelsberger Livenacht wie folgt beworben:

„Am Samstag ist wieder Livenacht! Auf die Plätze! Fertig! Los! Heißt es auch in diesem September wieder zur zweiten Livenacht des Jahres. Am Nachmittag startet das Familienprogramm und abends gehts dann wie immer mit alkoholischen Getränken und Livemusik richtig zur Sache.“

Die Bewohner/innen des Stadtteils wissen aus jahrelanger leidvoller Erfahrung, was das heißt. Nicht wenige Babelsberger/innen meiden den Stadtteil, indem sie die Wohnung bis zum nächsten Mittag nicht verlassen oder nach Möglichkeit über das Wochenende verreisen.

Das gern als freundliches Stadtteilst fest verkaufte Event ist längst zu einem abendlichen Massenbesäufnis geworden, dessen Erfolg offenbar vorrangig an den Verkaufszahlen alkoholischer Getränke gemessen wird. Kinder- und Rahmenprogramme am Nachmittag können darüber nicht hinwegtäuschen.

Statt mit populistischen Alkoholverboten am Hauptbahnhof sollte sich die Verwaltung im Interesse des Kinder- und Jugendschutzes um die sinnvolle Begrenzung von Drogen- und Gewaltexzessen während der Babelsberger Livenacht kümmern.



öffentlich

Betreff:

Einrichtung eines "Erörterungs-Workshop" zu den Groß Glienicker Seeufer Gutachten

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 02.11.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.10.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt nach Ablauf des Moratoriums einen offenen „Erörterungs-Workshop“ durchzuführen, um unter Berücksichtigung der beiden Gutachten zum Groß Glienicker Seeufer/Uferweg eine Handlungsempfehlung zur Durchsetzung der Uferpläne zu entwickeln. Die Beratung soll vor der Entscheidung im Hauptausschuss stattfinden.

gez. Nils Naber
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Es liegen zwei Gutachten vor, deren sachliche Inhalte in einem kompetenten Gremium betrachtet werden sollen und eine Beschlussempfehlung für die STVV zum weiteren Handeln vorbereitet.



öffentlich

Betreff:

Verlust von Ufergrundstücken am Groß Glienicker See

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 14.09.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.10.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt, für die 39 im Privatbesitz befindlichen Ufergrundstücke einen Bericht darüber anzufertigen:

- Wann welche Grundstücke, von wem erworben wurden?
- Wann und wo von Privat an Privat verkauft wurde, wie oft dabei Groß Glienicke und Potsdam versucht haben, das gebotene Vorkaufsrecht auszuüben und welchen Erfolg sie dabei hatten?
- Wie oft und wo aus welchen Gründen, die Stadt nicht Eigentümerin wurde, weil Fehler im Verwaltungshandeln vorlagen?
- Wie oft und wo die Stadt auf ihr Vorkaufsrecht aus welchen Gründen verzichtet hat?

Der Bericht ist dem Rechnungsprüfungsausschuss mit den geprüften Akten zur Prüfung im November 2010 und der STVV im Dezember 2010 vorzulegen.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Am Groß Glienicker Seeufer waren ausweislich der Niederschrift der GVV vom 28.05.1998 sechs Privateigentümerfamilien vorhanden. Im Jahr 2010 spricht der Oberbürgermeister von 39 Privateigentümern. Anträge auf Akteneinsicht in die Negativzeugnisse insbesondere von Privat an Privat Verkäufen werden nach anfänglicher Verweigerung, seit Monaten bearbeitet.

Um eine tiefer gehende Information für die STVV zu erreichen ist ein derartiger Bericht erforderlich.



öffentlich

Betreff:

Kosten "Uferlandschaft Groß Glienicker See"

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP

Erstellungsdatum 14.09.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.10.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt der Stadtverordnetenversammlung die Kosten für die „Uferlandschaft Groß Glienicker See“ auf Grundlage der Pläne des Ortsbeirates von Groß Glienicke, nach Grundstückserwerbskosten, Entschädigungskosten, Planungskosten und Baukosten sortiert zu benennen.

Eine Kopie des vorhandenen Verkehrswertgutachtens der im Privatbesitz befindlichen Grundstücke ist den Fraktionen zu übergeben.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Kosten des Projektes Groß Glienicker Seeuferlandschaft sind für die weiteren Entscheidungen von Bedeutung. Ungeprüfte, zu hohe Schätzkosten könnten das Projekt verhindern.



öffentlich

Betreff:

Verhandlungen zur Entwicklung der Kaserne Krampnitz aufnehmen

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

Erstellungsdatum 14.09.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.10.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert unverzüglich Verhandlungen mit dem Land Brandenburg aufzunehmen, um eine Rückabwicklung der Flächenverkäufe des ehemaligen Kasernengeländes in Krampnitz an Privatinvestoren zu erreichen. Das Land soll die Flächen stattdessen der Stadt Potsdam zu mindestens den gleichen günstigen Konditionen zur Entwicklung anbieten.

Es sollen verschiedene Szenarien entwickelt werden, die in jedem Fall dem Prinzip folgen, dass Gewinne aus lukrativen Flächen des Kasernengeländes in nicht lukrative Fläche (die z.B. mit Altlasten belastet sind) reinvestiert werden müssen. Dabei ist auch die Möglichkeit der Gewinnschöpfung durch einen höheren Grundstückspreise für die lukrativen Flächen zu prüfen.

Die Schaffung eines Entwicklungsgebietes Kaserne Krampnitz ist umgehend zu prüfen. Die Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember über den aktuellen Stand zu unterrichten

Gez. Nils Naber
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

gez. Michael Schröder
Fraktionsvorsitzender
CDU/ANW

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die durch das Land bedienten „Investoren“ haben offenbar die lukrativen Flächen des Geländes zu höheren Preisen an die Desakon GmbH weiterverkauft, während nicht lukrative Flächen an das Land zurückgegeben wurden. Lässt man die Entwicklung so weiterlaufen, werden Gewinne aus den Flächenverkäufen der Landesregierung privatisiert, während die Sanierung der Altlasten und die Entwicklung des gesamten Geländes (Erschließung, Altlasten und Infrastruktur) bei der Öffentlichen Hand verbleibt. Um das gesamte Gelände insbesondere für den Wohnungsmarkt in Potsdam zu entwickeln, müssen Einnahmeerlöse und Wertsteigerungen aus Planungen in die Entwicklung des Geländes reinvestiert werden. Das ist mit den aktuellen „Investoren“ wohl nicht zu erwarten.



öffentlich

Betreff: Gesamtkosten Griebnitzsee

Einreicher: Fraktionen FDP, Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 17.09.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.10.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, nach Abschluss des Verkaufes von Grundstücken am Griebnitzsee durch den Bund

1. alle bisher entstandenen Kosten betreffend den Uferweg am Griebnitzsee offen zu legen und
2. ein Gutachten über die noch zu erwartenden Kosten in Auftrag zu geben und der Stadtverordnetenversammlung mit der Aufstellung des B-Planes vorzulegen.

gez. Martina Engel-Fürstberger
Fraktionsvorsitzende
Fraktion FDP

Nils Naber
Fraktionsvorsitzender
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Uferweg am Griebnitzsee mit einer Länge von ca. 2,7 km nimmt in der öffentlichen Diskussion eine große Bedeutung ein. Bisher gab es keine konkrete Aussage darüber, wie viel die „Wiederfreimachung“ des Weges die Bürger dieser Stadt kostet. Bei der momentanen Haushaltslage ist es verantwortungsvoll, sowohl Stadtverordnete als auch Bürger Potsdams darüber zu informieren, mit welchem finanziellen Gesamtaufwand der Uferweg verbunden ist.

Auf Grund des Antrages der Fraktion FDP 09/SVV/0523 „Unabhängiges Gutachten“ sicherte uns Herr Jakobs im Hauptausschuss am 24.06.2009 eine Risikoanalyse und eine Kostenschätzung zu. (Siehe Auszug Protokoll unten). Diese Zusage muss nun umgesetzt werden.

Aus dem Protokoll Hauptausschuss vom 24.06.2009:

Unabhängiges Gutachten Griebnitzsee

Vorlage: 09/SVV/0523 Fraktion FDP/Familien-Partei

„Frau Engel-Fürstberger bringt den Antrag ein. Der Oberbürgermeister führt anschließend aus, dass diesbezüglich verschiedene Aspekte kritisch gewürdigt worden seien und im Ergebnis die Festlegung getroffen wurde, dass die Aufstellung des B-Planes mit externer Unterstützung erarbeitet werde, um damit auch neue Möglichkeiten auszuloten. Ebenso werde sich die Stadt für eine rechtlich saubere Argumentationsweise extern beraten lassen, um alle Risiken zu minimieren und werde den B-Plan vor der Beschlussfassung noch einmal extern begutachten lassen, um rechtliche Risiken und finanzielle Aufwendungen zu kennen. Diese Maßnahmen entsprechen dem vorliegenden Antrag und wurden bereits in der dazu gebildeten ständigen Arbeitsgruppe besprochen. Damit habe sich der Antrag eigentlich **erledigt** und könne mit einer Protokollnotiz aus dem Geschäftsgang genommen werden.

Frau Engel-Fürstberger folgt diesem Vorschlag, wenn die Prüfungen eine Risikoanalyse und eine Kostenschätzung beinhalten und vor Beschlussfassung des B-Planes vorgelegt werden - dies sagt der Oberbürgermeister zu...“



öffentlich

Betreff:

Konzessionsverträge Strom der Landeshauptstadt Potsdam

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 11.10.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
03.11.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, vor Verlängerung oder Neuvergabe, der jeweils auslaufenden Konzessionsverträge für die Stromversorgung der Landeshauptstadt Potsdam beiliegenden und mit Rechtsgutachten gesicherten Musterkonzessionsvertrag zu prüfen. Die Prüfung soll auch Handlungsoptionen einer Netzübernahme durch die EWP sowie eine Kooperation der EWP mit anderen Netzbetreibern umfassen.

Die EWP erstattet der Stadt jährlich zusammen mit der Jahresendabrechnung über die Konzessionsabgaben Bericht.

Gez. Nils Naber
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die von der Landeshauptstadt Potsdam vergebenen Wegerechte für die Verlegung und den Betrieb von Stromversorgungsleitungen im Stadtgebiet sind Gegenstand der sogenannten Konzessionsverträge zwischen Netzbetreiber und der Stadt. Diese Verträge dürfen eine Laufzeit von max. 20 Jahren nicht überschreiten. Dem Neuabschluss eines solchen Konzessionsvertrages ist eine öffentliche Bekanntmachung der Beendigung des laufenden Vertrages im (elektronischen) Bundesanzeiger vorzuschalten. Gegenwärtig sind eine ganze Reihe solcher Bekanntmachungen nach § 46 Abs. 3 Energie Wirtschaftsgesetz (EnWG) im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Die Bekanntmachung gemäß EnWG ist mit einer Aufforderung zur Bewerbung für eine Verlängerung bzw. eines Neuabschlusses des Konzessionsvertrages verbunden. Damit besteht die Möglichkeit, Abschlüsse im Sinne des Musterkonzessionsvertrages zu schließen.

Anlage: Musterkonzessionsvertrag ist im RIS hinterlegt



öffentlich

Betreff:

Kündigung der städtischen Pachtverträge am Groß Glienicker Seeufer

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 12.10.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
03.11.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sämtliche Pachtverträge städtischer Ufergrundstücke und im B-Plan Nr. 8 als Grünflächen ausgewiesene Grundstücke am Groß Glienicker Seeufer zum 31.12.2010 zu kündigen und neu auszuschreiben.

Gez. Nils Naber
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Erreichung der öffentlichen Nutzung gemäß B-Plan und LSG Verordnung soll Voraussetzung neuer Pachtverträge sein.



öffentlich

Betreff:

Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan zum Vorhaben "Drewitz-Park"

Einreicher: Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD

Erstellungsdatum 18.10.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
03.11.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung bis zu ihrer Sitzung im Februar 2011 einen Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan zum Vorhaben „Drewitz - Park“ zur Beschlussfassung vorzulegen.

Das Bauleitverfahren soll mit der Priorität 1 durchgeführt werden. Die Kosten des Verfahrens sind durch den Vorhabensträger zu übernehmen.

gez. M. Schröder
Fraktionsvorsitzender
CDU/ANW

gez. M. Schubert
Fraktionsvorsitzender
SPD

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Der Geltungsbereich des zu erstellenden B-Plans ist aus der vorliegenden Projektplanung zu entwickeln. Im aktuellen Entwurf des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Potsdam sind die zur Nutzung vorgesehenen Flächen als Bauland ausgewiesen. Sie sind Bestandteil des B-Plans Nr. 18. Dieser ist um die zur Umsetzung des Projektes benötigten Flächen zu reduzieren und in seinen Grenzen neu festzulegen.

Das Geplante Vorhaben dient der Stärkung Potsdams als Oberzentrum. Das geplante Fachmarktzentrum bindet weitere Kaufkraft am Ort.

Das Gewerbegebiet liegt verkehrsgünstig. Über die bereits vorhandene Straßenbahntrasse ist eine gute Anbindung an den ÖPNV gegeben. Durch die Lage an der Autobahn ist der Standort darüber hinaus auch gut für den überörtlichen Individualverkehr zu erreichen.



öffentlich

Betreff:

Neuberufung einer sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss Gesundheit und Soziales

Einreicher: Gruppe Die Andere

Erstellungsdatum 18.10.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
03.11.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Frau Anke Lehmann wird als sachkundige Einwohnerin aus dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales abberufen.

Neu als sachkundige Einwohnerin wird Frau Julia Laabs berufen.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Anke Lehmann wird ab dem 03.11.2010 das Stadtverordnetenmandat wahrnehmen und scheidet als sachkundige Einwohnerin aus dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales aus.

Wir schlagen vor, Julia Laabs als sachkundige Einwohnerin in diesen Ausschuss zu berufen:

Beruflicher Werdegang:

- 1995 bis 2001 Studium der Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Potsdam
- 1996 bis 2002 tätig in der Hauskrankenpflege
- 2001 bis 2005 Ausbildung zur Krankenschwester im Klinikum Ernst von Bergmann
- seit 2005 Krankenschwester in Seniorenresidenzen und dem Ev. Zentrum für Altersmedizin
- 2007/2008 Weiterbildung in den Themen Validation, Betreuungsrecht, Depression und Suizid im Alter
- 2009 -2010 Erziehungsjahr
- seit April 2010 Studium Soziale Arbeit (BA) an der Evangelischen Fachhochschule Berlin

soziales Engagement:

- 1998 Projektarbeit in Nicaragua beim Aufbau einer Mutter-Kind-Klinik
- 1998 bis 2003 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Potsdam (u.a. Mitglied im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Soziales, Jugend und Wohnen)
- 1998 bis 2004 Mitarbeit im Eine-Welt-Laden Madia
- seit 2006 Vereinsvorstandsmitglied Neue Farben e.V.
- 2009/2010 Elternsprecherin der Waldgruppe (in der Kita Spatzenhaus) 2009/2010
- 2009/2010 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung



öffentlich

Betreff:

Neuberufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Kultur

Einreicher: Gruppe Die Andere

Erstellungsdatum 18.10.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
03.11.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Benjamin Bauer wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Kultur berufen.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Benjamin Bauer ist insbesondere im Bereich der Jugend- und Soziokultur engagiert und hat sich dabei als streitbarer Vertreter für Belange der Jugend- und Alternativkultur profiliert. Er hat wesentlichen Anteil an der Erarbeitung des 10-Punkte-plus-Plans für die Jugendkultur.

Seit wenigen Wochen studiert Benjamin Bauer Kulturarbeit an der Fachhochschule Potsdam.

Er arbeitet ehrenamtlich in folgenden Gremien und Projekten mit:

- AJKP (Arbeitsgruppe für alternative Jugendkultur in Potsdam)
- AG Jugendkultur
- Jurymitglied beim Jugendkulturfond
- freiLAND.



öffentlich

Betreff:

Konzeption zur Entwicklung des ländlichen Raumes

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 19.10.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
03.11.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, eine Konzeption zur langfristigen Entwicklung des ländlichen Raumes in der Landeshauptstadt Potsdam zu erarbeiten. Dabei sind die Ortsbeiräte einzubeziehen.
Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im Mai 2011 über den Stand zu informieren.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Potsdam ist die Landeshauptstadt mit der größten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Daraus ergeben sich Verpflichtungen und Chancen. Der Anspruch sollte darin bestehen, diese Besonderheit als Chance und Vorteil zu entwickeln. Deshalb sollte, anknüpfend an das MILAN-Projekt, eine Konzeption zur langfristigen Entwicklung des ländlichen Raumes in Potsdam erarbeitet werden. Das kann nur gemeinsam mit den Ortsbeiräten geschehen.



öffentlich

Betreff:

Verantwortlichkeit für Fehlplanung Radweg Forststraße

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 19.10.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
03.11.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die konkrete Verantwortlichkeit für die Fehlplanung im Zusammenhang mit der Einrichtung eines Radweges in der Forststraße festzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im Dezember 2010 über das Ergebnis der Prüfung und mögliche Konsequenzen zu informieren.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt			
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Es ist nicht hinnehmbar, dass einerseits mit einer öffentlichkeitswirksamen Aktion ein Radweg eingerichtet wird und andererseits wenige Monate später durch Tiefbauarbeiten faktisch wieder beseitigt wird. Das weist zumindest auf eine unzureichende Kommunikation zwischen städtischen Verantwortungsträgern hin, die schnellstens abgestellt werden muss.



Betreff:

öffentlich

Umschuldung und vorzeitige Tilgung von Investitionskrediten im Haushaltsjahr 2011 und Optimierung des Schuldenmanagements

Einreicher: SB Finanzen und Berichtswesen	Erstellungsdatum	11.11.2010
	Eingang 902:	11.11.2010

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
24.11.2010	Hauptausschuss		

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

- Den für das Haushaltsjahr 2011 vorzunehmenden Umschuldungen der Investitionskredite i.H.v. maximal 18.667.630,53 EUR gemäß Anlagen 1 - 7 zu Anschlussstilgungen und Zinssätzen (nominal) von höchstens 5,0% bei einer maximalen Zinsbindungsdauer von 20 Jahren wird zugestimmt.
- Weiterhin erfolgt die Zustimmung zur alternativen Möglichkeit vier der zur Umschuldung anstehenden Darlehen gemäß Anlage 8 i.H.v. maximal 1.071.387,02 EUR ggf. auch vorzeitig zu tilgen.
- In Umsetzung des haushaltsbegleitenden Beschlusses zur Optimierung des Schuldenmanagements können ab sofort grundsätzlich Forwarddarlehen abgeschlossen werden, wenn dies aufgrund der erwarteten / prognostizierten Zinsentwicklung als betriebswirtschaftlich sinnvoll erscheint.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Finanzielle Auswirkungen:

Der Zinsaufwand und die Auszahlungen für Zinsen und Tilgungen sind im Haushaltsplanentwurf 2011 in den entsprechenden Planansätzen der Ergebnisrechnung (Konten 6120001.5517100, 6120001.5518100) und Finanzrechnung (Konten 6120001.7517100, 6120001.7518100, 6120001.7927301, 6120001.7927302, 6120001.7927311 und 6120001.7928301) enthalten.

Umschuldungen sind in der Finanzrechnung brutto darzustellen, d.h. für die Tilgung bei Umschuldungen sind entsprechende Finanzauszahlungen (Konto 6120001.7927300) und für die anschließenden Kreditaufnahmen Finanzeinzahlungen (Konto 6120001.6927300) i.H.v. 18.667.700 EUR vorgesehen.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Begründung:

Die Zuständigkeit des Hauptausschusses ergibt sich aus § 50 Abs. 2 Satz 1 BbgKVerf im Zusammenhang mit § 28 BbgKVerf. Bereits mit dem Gesetz zur Entlastung der Kommunen von pflichtigen Aufgaben vom 04. Juni 2003 (GVBl. I/09 S. 172) erfolgte eine Übertragung der Zuständigkeit der Entscheidung über die Aufnahme von Krediten von der Stadtverordnetenversammlung auf den Hauptausschuss.

Umschuldungen unterliegen gemäß § 74 Abs. 1 und 2 nicht der Genehmigungspflicht durch die Rechtsaufsichtsbehörde.

Die Umschuldung wird als Ablösung von Krediten durch andere Kredite definiert (§ 2 Nr. 45 KomHKV).

Darlehensverträge für Investitionskredite werden grundsätzlich für eine bestimmte Zinsbindungsdauer geschlossen. Endet diese, muss ein neuer Zinssatz für einen weiteren Zinsbindungszeitraum vereinbart werden. Die günstigste Anschlussfinanzierung wird regelmäßig durch Ausschreibung an mehrere Anbieter ermittelt. Dazu werden vom Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Service mehrere Vergleichsangebote eingeholt, wobei die Bank mit den günstigsten Konditionen den Zuschlag erhält.

Da die Angebote der Banken üblicherweise zeitlich eng befristet sind (auf ca. 2 Stunden) ist der Beschluss über ein konkretes Angebot durch den Hauptausschuss nicht möglich. Daher können im Rahmen dieses Beschlusses zunächst nur die Rahmenbedingungen festgelegt werden, zu denen die Umschuldungen zu erfolgen haben. Diese, in den Anlagen 1 - 7 enthaltenen, Bedingungen werden den Banken vorgegeben. Ermittelt wird das günstigste Angebot bezüglich des Zinssatzes für einen neuen Zinsbindungszeitraum. Der Zinsbindungszeitraum wird ebenfalls vorgegeben und entsprechend der aktuellen Marktsituation durch die Landeshauptstadt Potsdam üblicherweise auf 5 - 20 Jahre kurzfristig vor der Ausschreibung festgelegt.

Die Umschuldungen erfolgen nach einem in der Praxis bewährten Prozedere. So wird der **Darlehenstyp** (Annuitätendarlehen / Ratendarlehen) beibehalten. Die **Zahlweise** für Zinsen und Tilgungen wird i.d.R. auf vier Zahlungstermine pro Jahr festgelegt. Die **Tilgungsrate (EUR)** bei Ratendarlehen wird beibehalten, der **Tilgungssatz (%)** setzt beim erreichten Niveau (jährliche Tilgung / Restschuld in %) an.

Für 2011 gibt es folgende Besonderheiten:

- Die Darlehen Nr. 34 und 81 sollen aus Wirtschaftlichkeitsgründen zusammengefasst werden, da dadurch mit günstigeren Zinskonditionen gerechnet wird. Die Zusammenfassung ist möglich, da diese Darlehen zum selben Zeitpunkt umzuschulden sind und die Restlaufzeit ähnlich lang ist. Der vorzuziehende Tilgungssatz ist aufgrund des geringen Unterschieds der Restlaufzeiten gleich hoch.
- Die Darlehen Nr. 54, 65 und 67 könnten mit Auslaufen der Zinsbindungsfrist endgültig getilgt werden, da der noch zu tilgende Restbetrag keine wirtschaftliche Anschlussfinanzierung zulässt. Gute Kommunalkreditkonditionen lassen sich erst ab etwa 500.000 EUR Darlehensvolumen erreichen. In Höhe der Restschuld des Darlehens 95 für den OT Golm könnte eine weitere vorzeitige Tilgung, bezogen auf ein anderes umzuschuldendes Darlehen erfolgen. Diese Tilgung und die Tilgung des Darlehens Nr. 65 beziehen sich auf Objekte, deren Veräußerung in 2011 bevorsteht..

Forward-Darlehen sind Darlehen, die bereits heute für einen künftigen Zeitpunkt abgeschlossen werden. Damit lassen sich für bis zu 60 Monate im Voraus die Konditionen für eine Anschlussfinanzierung festschreiben. Das Grundgeschäft der Kreditaufnahme wird dabei gleichzeitig mit den Konditionen vereinbart. Forward-Darlehen sind damit ein Instrument mit dem sich die Kommune vor steigenden Zinsen schützen kann. Ist das Zinsniveau gering und wird aber in Zukunft mit steigenden Zinsen gerechnet, ist ein solcher Geschäftsabschluss sinnvoll. Die Banken erheben

zusätzlich einen Zinsaufschlag. Dieser ist abhängig von der Dauer der Forward-Periode (Vorlaufzeit) und der jeweils aktuellen Zinsstruktur. Eine Abfrage bei einigen Banken ergab, dass die Zinsaufschläge zzt. eher gering sind.

Beide Vertragspartner sind an die vereinbarten Konditionen gebunden. D.h. für die Kommune, dass sie Zinserhöhungen nicht zu befürchten hat, aber andererseits auch nicht von zwischenzeitlichen Zinssenkungen profitiert. Ausschlaggebend ist die Zinsmeinung zum Abschlusszeitpunkt. Die Landeshauptstadt möchte sich die Möglichkeit, dieses Instrument der Zinssicherung im Rahmen von künftigen Umschuldungen zu nutzen, ab sofort offenhalten, damit bei steigenden Zinsen unmittelbar reagiert werden kann.

Es ist beabsichtigt, den Hauptausschuss halbjährlich nach den erfolgten Umschuldungen über die erreichten Nominalzinssätze und die Zinsbindungsdauer sowie erfolgte vorzeitige Tilgungen und Geschäftsabschlüsse zu Forward-Darlehen zu informieren. Es wird derzeit davon ausgegangen, dass jeweils zu einem günstigeren Zinssatz als 5% abgeschlossen werden kann.

Anlagen:

Umschuldungen



Betreff:
Ehrenamtsbericht 2010

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 09/SVV/0532

Erstellungsdatum	28.10.2010
Eingang 902:	28.10.2010

Einreicher: FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

03.11.2010 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:
Ehrenamtsbericht 2010.

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

